

Sofortinformation des Bundesgeschäftsführers über die Beratung des Parteivorstandes am 30. November 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor dem Hintergrund der hohen Corona-Zahlen traf sich der Parteivorstand zur Diskussion möglicher Maßnahmen. Dr. Cihan Celik gab uns einen Überblick über die aktuelle Situation innerhalb der vierten Welle. Auf Basis der Wochenberichte des RKI zeigte er Entwicklungen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den vorhergehenden Wellen. Auch wenn der Impfschutz mit der Zeit etwas nachlasse, zeigen die Zahlen gleichzeitig, dass eine Impfung stabil vor Hospitalisierung, schwerem Krankheitsverlauf und Tod schützt. Ebenso sprach er über die angespannte Situation in den Krankenhäusern, die u.a. durch Personalnotstand geprägt ist. Aber auch die gesellschaftlichen Diskussionen u.a. zum Impfen finden ihren Weg in die Krankenhäuser und führen zu hitzigen Debatten mit Patient/innen. Die Perspektive sieht er – bei Achtsamkeit, geschlossenen Impfzügen etc. – darin, dass man Covid als gefährliche Infektionserkrankung für Risikogruppen anerkennen muss. Jedoch wird die Gesellschaft einen Umgang ohne gesellschaftliche Einschränkungen finden können.

Für den Facharzt für Allgemeinmedizin, Kai Uwe Helmers, ist auch die Covid-Pandemie eine Klassenfrage. Je ärmer, desto höher die Wahrscheinlichkeit von Ansteckungen. In Hamburg organisiert er öffentliche Impfaktionen u.a. in Parteibüros der LINKEN. Helmers sieht Impfungen, Masken etc. als Akt der Solidarität für andere. Eine Impfpflicht sieht er u.a. als Arbeitsschutz, da die Beschäftigten im Gesundheitssektor ein extrem hohes Risiko für Ansteckungen haben. „Auf dem Bau trägt ja auch jeder einen Helm“. Bezogen auf Schulen plädierte er u.a. für Impfmaßnahmen in Schulen, um dort – das zeigen die aktuellen Zahlen des RKI – die Inzidenz-zahlen zu senken.

Ein drittes Statement machte Claudia Bernhard, Gesundheitssenatorin in Bremen. Die Hansestadt hat die bundesweit höchste Impfquote. Sie stellte dar, dass sie sehr früh damit angefangen haben, die Menschen persönlich anzusprechen, Stadtteilarbeit zu machen, Communities einzubinden, Sprachprobleme überbrücken, Impftrucks losschicken. Eine Impfpflicht sieht sie skeptisch, da es noch viele Punkte zur Steigerung der Impfquote gibt, die noch nicht ausgereizt wurden: Strukturen seien bundesweit längst nicht ausreichend genutzt, es gibt einen Impfstoffmangel etc. Wichtig ist ihr auch, dass sie soziale Brennpunkte aktiv im Blick behalten und mit einbeziehen.

Für Thüringen beschrieb die Landesvorsitzende Ulrike Grosse-Röthig ähnliche, umfangreiche Aktivitäten. Jedoch wies sie darauf hin, dass sie einen großen, harten Kern von Impfgegnern in Thüringen haben, der teilweise aggressiv mobilisiert. Das ist der Grund, weswegen sich der Landesparteitag für eine bundesweite Impfpflicht aussprach.

In der weiteren Debatte wurde sich dem Thema von sehr unterschiedlichen Seiten genähert. So seien mildere Mittel zur Steigerung der Impfquote noch nicht ausgeschöpft, die Debatte um eine Impfpflicht ist eine Ablenkung vom Politikversagen, der exekutiver Druck der jüngeren Zeit führe bereits zu höheren Impfquoten. Alle Mitglieder des Parteivorstandes waren umfassend einig darüber, dass die Bundesregierung in der Bekämpfung der Corona-Pandemie massiv versagt hat. Unsere Alternativen für die

Eindämmung der 4. Welle sind klar: Wiedereröffnung der Impfzentren, schnelle Impfangebote, auch aufsuchend und zielgruppenbezogen, Ausbau und endlich Ausfinanzierung des Gesundheitssystems, angemessene Bezahlung der Pflegekräfte, nicht zuletzt internationale Solidarität bei der Bekämpfung der Pandemie. Deshalb müssen die Impfstoffpatente umgehend freigegeben werden. Kontrovers wurde durch die Mitglieder die Frage beantwortet, ob auch für mögliche weitere Wellen eine allgemeine Impfpflicht befürwortet werden sollte. Letztlich sprach sich der Parteivorstand mit einer Mehrheit dafür aus, dies als ultima ratio in unseren Maßnahmenkatalog aufzunehmen, der insgesamt mit breiter Mehrheit beschlossen wurde.

Mit solidarischen Grüßen

Jörg Schindler

Beschluss 2021/233

Corona gemeinsam besiegen – solidarische Notbremse jetzt!

Die Bundesregierung agiert in der 4. Pandemiewelle so kopflos als wäre es die allererste. In kaum einem Land steigen die Inzidenzzahlen aktuell stärker als in Deutschland. Anderswo in Europa schaut man ratlos nach Deutschland und fragt sich, was hier los ist. In der Tat, amtierende und neue Bundesregierung haben offenbar aus den zurückliegenden Erfahrungen nicht sehr viel gelernt.

Dass Impfzentren abgebaut und Gratistests ausgesetzt wurden sowie das völlige Chaos bei den Booster-Impfungen hat die amtierende Bundesregierung zu verantworten. Statt die Vergabe der Impftermine wie in der letzten Welle danach zu priorisieren, wer besonders gefährdet ist, wird der Impfstoff nach dem Prinzip „wer zuerst kommt, malt zuerst“ vergeben. Risikogruppen und Pflegeheime werden erneut im Stich gelassen. Dieses Vorgehen kostet Menschenleben.

Die Untätigkeit nach Wochen steigender Zahlen liegt jedoch auch in der Verantwortung der kommenden Koalition aus SPD, Grünen und FDP. Die Krankenhäuser sind überfüllt, die Pflegekräfte am Limit und die Infektionszahlen steigen und steigen. Jeden Tag sterben Hunderte. Immer häufiger werden wichtige Behandlungen und Operationen in den Kliniken aufgeschoben. Es ist eine katastrophale Situation für Patient*innen, für Angehörige und die Beschäftigten in den Kliniken.

Mehr noch. Resignation, Apathie und Trauer, ja auch Wut und Zorn breiten sich aus im Land. Es wächst die Verzweiflung und das Misstrauen, es schwindet die Zuversicht. Das mindert nicht allein das individuelle Schutzverhalten vor der Pandemie, es erschüttert auch das gesellschaftliche Vertrauen in die Fähigkeit staatlichen Handels. Jede sinnvolle und solidarische Maßnahme zum Infektionsschutz schützt nicht nur gefährdete Menschen, sondern wird auch helfen, unsere Demokratie vor den anschwellenden Parolen rechter Verführer und falscher Propheten zu schützen.

Das Richtige zur richtigen Zeit tun. Wir brauchen jetzt akute Maßnahmen. DIE LINKE. steht an der Seite der Wissenschaft und fordert deshalb einen Lockdown sowie eine allgemeine Impfpflicht für Volljährige als Mittel zum Kampf gegen die herrschende Sars-CoV-2-Pandemie. Die Impfpflicht wird die vierte Welle nicht mehr brechen können, ist aber als ultima ratio ein entscheidendes Instrument, weitere Wellen zu verhindern und Menschenleben zu retten. Wir halten außerdem eine partielle und nur Berufsgruppen-

gebundene Impfpflicht für unangebracht, da sie einerseits das Problem nicht lösen wird und andererseits noch mehr Druck und Verantwortung auf die Schultern des Pflegepersonals ablädt.“

Wir brauchen Handlungen und schnelle Entscheidungen. Die Erfahrungen aus den letzten drei Wellen haben gezeigt, dass nur ein frühzeitiges, energisches Einschreiten die Dauer der Maßnahmen deutlich senkt. Es braucht daher schnelle Schritte, die endlich nach Kriterien wissenschaftlicher Erkenntnisse und der tatsächlichen Effizienz getroffen werden. Die Menschen sollen nicht schon wieder den ganzen Winter im Lockdown überdauern!

Ein Lockdown hätte durch frühzeitiges Handeln und relativ milde Maßnahmen vermieden werden können - so wie in vielen anderen Ländern auch. Das Desinteresse oder die Unfähigkeit der Bundesregierung aus den vergangenen Wellen zu lernen, macht fassungslos. Aber wir haben Vorschläge. Konkret und sofort.

Wir fordern:

Erstens, eine solidarische Notbremse. Das bedeutet die sofortige Kontaktreduktion und Absage von Großveranstaltungen. Dazu mehr Tests und das Recht auf Homeoffice, wo es irgend möglich ist. Alle Maßnahmen müssen sozial aufgefangen werden. Selbstständigen und Beschäftigten muss unbürokratischer und schneller geholfen werden als in den letzten Wellen. Wer in Kurzarbeit geht, muss 90 Prozent vom Lohn erhalten. Wer an die Vernunft der Menschen appelliert, sollte ihre Sorgen und Nöte respektieren und klar zusagen, dass niemand aufgrund neuerlicher Schließungsmaßnahmen zur Kontaktreduzierung seine Existenz verliert oder mit Einbußen rechnen muss. Es braucht einen lückenlosen sozialen Schutzschirm - ohne Wenn und Aber.

Zweitens, für uns ist klar: Impfen ist ein Akt der Solidarität. Um die hiesige Impfquote zu erhöhen, sollten alle noch existierenden Hürden abgebaut werden. Wir brauchen Gespräche, Gespräche und wieder Gespräche. Ja, noch immer gilt: Geduldige Aufklärung hilft. Nicht bei allen, aber bei möglicherweise sehr vielen. Vor allem bei denjenigen, die mangels Sprachkenntnissen noch nicht genug wissen, oder auch bei jenen, die staatlichen Maßnahmen misstrauen. Es gibt mehr als einen Grund, warum Menschen noch nicht geimpft sind und es gibt einige Vorbehalte, die mit geduldiger Information beseitigt werden können. Wir empfehlen den Einsatz von mobilen Impfteams in den Stadtteilen, Impfzentren müssen wieder geöffnet, und eine neue proaktive und transparente Impfkampagne gestartet werden. Booster-Impfungen sollen alle bekommen, aber zuerst jene, die am meisten gefährdet sind. Apotheken und Pflegeeinrichtungen müssen beteiligt und Abhol- und Bringdienste eingerichtet werden.

Drittens, damit diese erneute nationale Notbremse hoffentlich die letzte wird, muss auch international solidarisch agiert werden. Die Lizenzen für Impfstoffe müssen endlich global freigegeben werden, um das Risiko künftiger Mutationen und weiterer Pandemiewellen deutlich abzusenken. Die jüngste Entdeckung einer neuen Virusvariante zeigt, dass die Pandemie nur global besiegt werden kann, durch hohe Impfquoten weltweit.

Wir wissen: Dort, wo die Menschen ihrem Gesundheitssystem vertrauen, sind die Impfquoten höher. Und das Bundesverfassungsgericht hat uns heute gesagt: Eine Bundesnotbremse ist verfassungsrechtlich erlaubt. Eine schnelle Notbremse ist also möglich. Es ist Zeit nach ihr zu greifen, damit im Winter so viele Menschen wie möglich geschützt werden. Nach zwei Jahren Corona haben die Menschen eine verantwortungsvolle Politik verdient, die ihre Sorgen und Nöte ernst nimmt; eine Politik mit Sorgfalt und Augenmaß, die sie schützt und ihnen eine soziale Sicherheit gibt, damit wir Corona gemeinsam besiegen können.